



Niederschrift

17. Plenarsitzung des Gemeinderates
17. November 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

22.

Punkt 21 der Tagesordnung: Tariftreue bei öffentlichen Vergaben
Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.
Vorlage: 2020/0726

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1, 2 und 4: Bei 34 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt.
Ziffer 3: Bei 28 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 21 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss:

Wir haben versucht, Ihnen noch einmal einen Kompromiss vorzuschlagen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): An der Stelle möchte ich vor allem meinen Dank an Sie in der Verwaltung ausdrücken. Wir haben es inhaltlich schon vor ein paar Wochen diskutiert. Sie haben sich noch einmal sehr intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt, mit den rechtlichen Möglichkeiten und Risiken, die das Vergaberecht hat. Ich glaube, dass wir im vergangenen Hauptausschuss in einer sehr guten Diskussion auseinandergegangen sind, auch mit diesem Kompromissvorschlag, den Sie jetzt anbieten, dass wir in einem Pilotprojekt im nächsten Jahr aufgleisen, oder auch schon morgen, je nachdem, wann die nächste geeignete Vergabe ansteht, um herauszufinden, was wir anwenden können.

Was uns inhaltlich noch einmal ganz wichtig zu sagen ist, dass ein Tarifvertrag, der nicht allgemeinverbindlich ist, als Grundlage genommen werden sollte, sozusagen als Ausführungsbedingung für eine solche Vergabe. Wenn dann ein Unternehmen eigene vertragliche, eigene tarifliche Regelungen mit den Arbeitnehmer*innen hat, die darüber hinaus gehen, dann ist das vollkommen in Ordnung. Dann ist dieses Unternehmen genauso qualifiziert, sich auf diese

Ausschreibung zu bewerben und am Ende den Auftrag zu erhalten. Das heißt, es muss wirklich darum gehen, ein Mindestmaß an Qualität, ein Mindestmaß an Schutz für die Arbeitnehmer*innen zu bieten und auch zu fordern. Ich glaube, dass wir das sehr gut damit vereinen können, dass sich das positiv für Unternehmen in der Region auswirkt. Denn das hatten auch die Kollegen*innen der anderen Fraktionen schon beim letzten Mal erwähnt. Es gäbe viele Unternehmen in der Region, die zahlen besser. Vielleicht schaffen wir es dadurch, darin etwas zu belohnen. Was wir in den vergangenen Monaten gesehen, erfahren, gelernt haben, ist, dass tatsächlich Unternehmen, die grundsätzlich tarifgebunden sind, viel besser durch die Krise kommen und vor allem die Arbeitnehmer*innen dort viel besser und abgesichert durch die Krise kommen. Das zeigt eben einfach, dass dieses System nicht nur in Krisenzeiten, sondern grundsätzlich für eine entsprechende Stabilität und Sicherheit sorgt.

Deswegen werden wir dieses Thema weiter vorantreiben. Wir sind gespannt auf die Umsetzung und auf die Berichterstattung dieses Pilotprojektes dann im nächsten Jahr.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Ich glaube, inhaltlich gibt es nichts mehr hinzuzufügen. Das habe ich bereits im September gesagt. Herr Löffler, Sie lernen schnell, Sie könnten ja bald zum CDU-politischen Wirtschaftssprecher werden. Das, was Sie eben gesagt haben, alle Achtung. Es ist richtig, ich kann es unterstreichen. Aber, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie nehmen eine Vorlage von der Tagesordnung, beraten sie erneut. Und was kommt heraus? Ein Kompromiss. Ein Kompromiss, der erstens aus meiner Sicht fast rechtlich gar nicht haltbar ist, was Sie uns jetzt hier vorgeben. Und zum zweiten, Sie haben ihn aufgeweicht nach Strich und Faden. Ich möchte nicht sagen, es ist ein fauler Prozess gewesen. Es ist auch kein fauler Kompromiss. Aber, Herr Oberbürgermeister, so kann es auch nicht funktionieren.

Wir bleiben bei unserer Haltung diesen Antrag abzulehnen, weil er am Ende des Tages niemandem helfen wird. Er wird uns als Stadtverwaltung nicht weiterbringen. Herr Löffler, Sie sagten das eben, die Unternehmen, die für die Stadt arbeiten, sind Unternehmen, die gut aufgestellt sind. Das sind gute Unternehmen. Es sind Unternehmen, die ihre Arbeitnehmerschaft wertschätzen und die wissen, was sie an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben.

Stadtrat Schnell (AfD): Auch die AfD-Fraktion begrüßt selbstverständlich die Einhaltung der Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, wie dies laut der Stellungnahme der Stadt bereits heute bei Vergaben der Fall ist. Wir befürworten auch eine Ausweitung der Tariftreuepflicht auf weitere Branchen gemäß Punkt 4 des Antrages und betrachten die Punkte 1 und 2 des Antrages auch als erledigt.

Hinsichtlich einer Überprüfung der Einhaltung teilen wir jedoch die Ansicht der Stadt, dass dies die nötigen Ressourcen der Stadt übersteigt. Wir lehnen daher diesen 3. Punkt des Antrages ab und beantragen eine getrennte Abstimmung über Punkt 3 des Antrages.

Stadtrat Zeh (SPD): Personalräte, Betriebsräte und Gewerkschaften sorgen natürlich dafür, dass bei der Stadt bei großen Unternehmen auf jeden Fall die Tarifverträge eingehalten und die Mitarbeiter ordentlich bezahlt werden. Aber wir haben in unserer Wirtschaft auch sehr viele kleine oder auch ganz kleine Unternehmen. Herr Ehlgötz, ich hoffe, dass bei Ihnen auch alle Mitarbeiter ordentlich und nach Tarif bezahlt werden.

(Zuruf **Stadtrat Ehlgötz/CDU**)

- Sie machen es! Wunderbar! Da muss man gar keine Angst haben, wenn es so ist.

(Weiterer Zuruf **Stadtrat Ehlgötz/CDU**)

- Mal schauen!

Aber es gibt auch das ein oder andere schwarze Schaf bei Firmen. Ich persönlich weiß auch von einer Firma, die einen städtischen Auftrag erhalten hat, wo die Mitarbeiter weniger als den Mindestlohn erhalten. Das ist die Sache, die wir auch angehen müssen. Das muss deshalb in den Ausschreibungen auch dementsprechend drinstehen. Der Punkt 4 ist positiv, dass Sie auf jeden Fall beim Land vorstellig werden, dass Landestariftreuegesetz und Mindestlohngesetz geändert werden. Herr Ehlgötz, hier könnten Sie auch etwas in der CDU machen, dass sich die CDU und die Landesregierung deutlicher bewegt, und dass nicht nur die Verkehrssachen ausgeschrieben werden mit den entsprechenden Verträgen, sondern es überall gemacht werden kann.

Rechtlich ist es nicht ganz einfach. Wir haben sehr viele Tarifverträge und nicht nur deutsches Recht, sondern wir begrüßen es auch, wenn wir europaweit ausschreiben und insbesondere auch elsässische Firmen bekommen. Der Teufel steckt im Detail. Aber wir als SPD stimmen auf jeden Fall zu, dass wir mal einen Pilotversuch wagen. Herr Ehlgötz, es ist nun einmal so, wenn es in den Ausschuss geht, wird es dort weiterdiskutiert. Dann kann auch einmal ein Kompromiss rauskommen. So einer ist jetzt herausgekommen, den wir alle mittragen können. Insofern müssen wir dann abstimmen. Wir stimmen auf jeden Fall dem Kompromiss der Stadtverwaltung, der im Hauptausschuss dargestellt worden ist, zu.

Stadtrat Hock (CDU): Wieder einmal kommt der Schaufensterantrag in den Gemeinderat. An meiner Haltung und der meiner Fraktion hat sich allerdings nichts geändert. Der Antrag wurde vom Herrn Oberbürgermeister auf die Tagesordnung genommen. Wir haben uns bereits damit befasst. Ich kann nicht erkennen, dass wir neue Aspekte hätten, anders zu entscheiden, als wir es vor sechs, acht Wochen schon gemacht haben. Wir, sowie alle Fraktionen hier im Rat - davon gehe ich aus - stehen zur Tariftreue. Vielen Dank an die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung, dass Sie nochmals einige Aspekte in der Antwort nachgebessert haben. Wir bleiben dabei. Die Stadt macht bereits alles, um die Tariftreue zu halten. Ein Ausbau ist derzeit nicht notwendig. Wir betrachten den Antrag daher als erledigt.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Wir stimmen Ihrem Kompromissvorschlag zu. Uns ist es wichtig, dass die Sache angegangen wird. Wir sammeln damit Erfahrungen und dann wird man weitersehen. Die Stadt nimmt so ihre Vorbildfunktion wahr und stellt sich der großen gesellschaftlichen Verantwortung. Das ist uns auch sehr wichtig. Die Stadtverwaltung setzt ein politisches Signal. Sie sagt damit, wir wollen keine Firmen, die sich nicht an tarifliche Regeln halten. Wir wollen keine Firmen, die keine fairen Arbeitsplätze anbieten, sondern wir wollen Firmen, die für einen fairen Wettbewerb stehen. Wir gehen davon aus, dass auch die Chance steigt, dass vielleicht noch mehr regionale Betriebe, die faire Arbeitsverhältnisse anbieten, bei Ausschreibungen zum Zuge kommen.

Wir bedauern allerdings, dass die Stadtverwaltung im Moment zu dem Schluss kommt, sich nicht in der Lage zu sehen, diese Firmen auch zu überprüfen. Aber vielleicht zeigen die

Erfahrungen aus den Pilotvorhaben, dass Kontrolle doch leistbar ist. Sie kann beispielsweise auch an Dritte übergeben werden, wie die Stadt Freiburg nach meinen Informationen juristisch geprüft hat. Wie gesagt, gewinnen wir in diesen Pilotausschreibungen die nötigen Erkenntnisse. Denn nur mit Kontrolle wird aus dem politischen Signal auch ein scharfes Schwert.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE): Auch wir werden diesem Kompromissvorschlag der Verwaltung zustimmen. Wir machen heute eine ganz wichtige Entscheidung. Ich glaube auch, dieser Weg, über ein Pilotprojekt zu gehen, ist einzig allein richtig. Wir haben im Hauptausschuss gesehen, wie kompliziert diese Thematik ist. Dann können wir problemlos die Erfahrungen sammeln und dann dementsprechend auch eine Auswertung machen und uns überlegen, welche weiteren Schritte wir gehen. Aber wir sind uns, glaube ich, alle einig, wie wichtig die Tariftreue ist, welche große gesellschaftliche Verantwortung wir als Stadt haben.

Ich muss aber eines sagen zu den Antworten von CDU und FDP. So ganz muss ich es nicht verstehen. Sie sprechen davon, das sei auch ein Schaufensterantrag. Und irgendwie erinnern Sie mich an Don Quichotte, einen Windmühlenkämpfer. Wenn es ein Schaufensterantrag wäre, dann können Sie doch heute problemlos zustimmen, dass wir ein oder zwei Pilotvergaben machen, denn es würde gar nichts passieren. Wir würden nur Erfahrungen sammeln, daraus unsere Lehren ziehen und dann überlegen, welchen Standard wir daraus entwickeln und immer wieder anmachen. Aber Sie kämpfen da, Sie fahren auch schon bei der letzten Diskussion alle Geschütze auf, die Sie haben. Als würden wir hier den Sozialismus einführen. Als wäre das das größte Hexenwerk. Dieser Prozess ist wirklich ganz sauber. Wir haben einen Vorschlag gemacht, der übrigens auch eine Mehrheit in diesem Gemeinderat hat. Das muss man auch mal feststellen. Wir waren sogar bereit, dem Verwaltungsvorschlag entgegenzukommen, um es auch der Verwaltung einfacher zu machen. Genau das wird dann noch zum Vorwurf gemacht. Wir können das auch einfach blindlings abstimmen. Dann hätte das Ding auch eine Mehrheit. Machen wir aber nicht, weil wir uns unserer Verantwortung bewusst sind und dementsprechend agieren. Also, ich glaube, manchmal wäre es ganz gut, wenn man findet, dass ein Antrag nicht richtig ist, dagegen zu sein, und nicht sagen, ich bin eigentlich dafür. Aber Ihr sagt nichts und ich bin trotzdem dagegen. Also, ja oder nein, irgendwie muss man sich positionieren.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Für unsere Fraktion Freie Wähler für Karlsruhe war diese Antragstellung mit der Antwort und mit den Vorbesprechungen erledigt. Die Antwort der Verwaltung war klar und auch Ihr Kompromissvorschlag. Sie haben in der Antwort alles dargelegt. Wir sind tariftreu. Ich habe gar nichts anderes erwartet. Dass wir sämtliche Vorgaben der Tariftreue bei der Vergabe einhalten, daran glaube ich, da hat niemand Zweifel. Dass man das nicht prüfen kann, weil es einfach fehlt, gut. Andere Beispiele an der Stelle machen es extern. Aber wir wollen doch alles intern haben. Was nicht geht, geht nicht. Wenn Sie die Novellierung unterstützen, haben wir kein Problem. Eigentlich hatten auch die Antragsteller signalisiert, sie sind damit zufrieden. Wenn Sie das Projekt testfahren wollen, ist das von meiner Seite aus okay. Aber ich dachte, das Thema ist erledigt, weil wir uns an alles halten. So habe ich auch die Antworten der meisten Redner hier verstanden.

Der Vorsitzende: Ich bin gefragt worden, warum wir einen Kompromiss machen. Weil ich zählen kann und mir ein Kompromiss mit einem Projekt lieber ist, als dass ich jetzt den Auftrag kriege, alle Projekte unter die Lupe zu nehmen, weil ich dann noch eine große Einstellungskampagne starten müsste. Insofern bin ich sehr dankbar, wenn wir das an einem Beispiel gemeinsam durchexerzieren. Dann werden die Probleme deutlich werden.

Zweitens, mir ist nochmal wichtig darauf hinzuweisen, dass wir zunehmend die Tendenz bekommen, das wird sich in den nächsten Monaten noch verstärken, dass wir Themen, die auf anderen politischen Ebenen aus meiner Sicht nicht sauber gelöst sind, dann versuchen, mit unseren bescheidenen kommunalen Mitteln vor Ort richtig hinzukriegen. Ich bin jederzeit für ein symbolisches Beispiel bereit, damit man ein politisches Signal gesetzt hat. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir das nicht mit allen Themen tun können, wo wir vielleicht mit anderen Ebenen unzufrieden sind, weil wir uns das schlichtweg nicht leisten können. Weder personell, noch finanziell, noch zuständigkeitshalber. Zumal wir uns am Ende auch an unserem Erfolg messen werden, nämlich, ob es uns gelungen ist, die Welt an der Stelle besser zu machen. Das wird uns nicht nachhaltig gelingen, wenn auf den anderen Ebenen weiter diese Themen nicht ausreichend durchdekliniert werden. Das ist mir einfach nochmal wichtig.

Wenn wir dann für den Haushalt 2022/2023 in echte Einspardebatten gehen, wird es auch um solche Fragestellungen gehen. Was ist unser originäres Geschäft und was ist etwas, was schön und gut ist, wenn wir das machen, aber was wir uns vielleicht nicht auf Dauer in dieser Intensität leisten können.

Insofern habe ich jetzt verstanden, dass wir abstimmen. Ich habe verstanden, dass die Antragsteller mit der Reduzierung auf zunächst ein Pilotprojekt zufrieden sind. Deswegen würde ich jetzt den Antrag der Antragsteller, reduziert auf ein Pilotprojekt, hier zur Abstimmung stellen. Herr Stadtrat Schnell, Sie hatten gesagt, Sie möchten irgendwas getrennt abstimmen. Können Sie mir das nochmal kurz erläutern.

Stadtrat Schnell (AfD): Der Punkt 3, die Kontrolle dieser Tariftreue durch die Stadt. Sie haben in der Antwort geschrieben, Sie können das nicht leisten. Darum möchten wir den Punkt gerne getrennt abgestimmt haben.

Der Vorsitzende: Für das Modelprojekt können wir das schon leisten. Insofern stimmt diese Antwort, die da drinsteht, für alles, aber nicht für das eine Projekt. Sonst würden wir es Ihnen auch nicht vorschlagen. Von daher würde ich jetzt meinen, wir können alles zusammen abstimmen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Genau darüber, was Sie gerade gesagt haben, haben wir auch diskutiert. So wie wir die geänderte Vorlage verstehen, ist dieser geänderte Punkt nur zu Punkt 1, nämlich, das Vergabeverfahren. Und bei Punkt 3 steht in Ihrer geänderten Vorlage nach wie vor, dass Sie es als Stadt nicht leisten können, dass Sie empfehlen, diesen Punkt abzulehnen. Dementsprechend machen wir eigentlich nur das, was Sie als Verwaltung sowieso vorschlagen.

Der Vorsitzende: Das fieseln wir jetzt nicht aus. Ich stelle jetzt die Ziffern 1, 2 und 4 zur Abstimmung und bitte um Ihr entsprechendes Votum. – Das ist eine deutliche Mehrheit.

Dann würde ich die Ziffer 3 zur Abstimmung stellen. – Bezogen auf das eine Projekt ist das auch eine Mehrheit.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
5. Januar 2021